



# Personalratswahl 2015

*Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,*

in der letzten Ausgabe des POLIZEISPIEGELS habe ich über die Aufgaben einer Personalvertretung informiert und dargelegt, dass nur ein möglichst breites Meinungsspektrum Gewähr für ein ausgewogenes Personalratsgremium bietet.

Der Landesvorstand der DPoIG hat sich entschieden, keine Materialschlacht mit Kugelschreibern, Mauspads und ähnlichen Werbeartikeln zu führen, sondern wir wollen durch klar strukturierte und nachvollziehbare Argumente dafür werben, der DPoIG bei den Personalratswahlen durch Stimmabgabe den Rücken zu stärken.

## Wofür steht die DPoIG?

> Die Personalkürzungen bei der Landespolizei sind unverantwortlich und müssen revidiert werden. Insbesondere ist es nicht vermittelbar, dass in Zeiten steigender Verkehrsunfallzahlen die Be-

kämpfung von Aggressionsdelikten zurückgefahren wird. Die Halbierung der Videoüberwachungsfahrzeuge und deren geplante Zentralisierung ist ein Schlag ins Gesicht der Beamten, die sich im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit engagieren. Der Kahlschlag bei der Wasserschutzpolizei, um Löcher bei der Kriminalitätsbekämpfung zu schließen, ist nur ein Zeichen politischer Hilflosigkeit. Neue Kriminalitätsfelder und kompliziertere Ermittlungsverfahren bedeuten mehr Personalbedarf und nicht, eine Sparte gegen die andere bei der Polizei auszuspielen.

> Wir fordern verlässliche und gerechte Bezahlstrukturen, zum Beispiel die Erhöhung für Dienste zu ungünstigen Zeiten auf 5 Euro pro Stunde, Übernahmegarantien für Tarifabschlüsse auf die Beamten, Rücknahme von Einschränkungen bei Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld,

Urlaubsgeld, Zuwendungen für Dienstjubiläen).

- > Wer regelmäßig Einzeldienstkräfte in mehrtägige geschlossene Einsätze schickt, hat dafür zu sorgen, dass diese vernünftig ausgerüstet werden. Ein zweiter Einsatzanzug, moderne Vollschutzausrüstung in Mannausstattung sind Mindeststandard.
- > Die DPoIG fordert eine Schließung der Zwangsmittellücke zwischen Schlagstock und Schusswaffe. Die Mannausstattung mit „Taser“ (Elektroimpulsgerät) muss kommen.
- > Wir fordern eine deutliche Entlastung der Polizei bei der Begleitung von Schwertransporten.
- > Wir schließen uns der DPoIG-Bundesinitiative an, den Richtervorbehalt bei der Anordnung von Blutprobenentnahmen abzuschaffen, weil diese Regelung praxisfremd ist.
- > Wir fordern die Einführung der Halterhaftung über den ruhenden Verkehr hinaus. Zigttausend Arbeitsstunden werden mit Fahrerermittlungen verplempert.



> Torsten Gronau, Landesvorsitzender DPoIG Schleswig-Holstein

> Insbesondere im ländlichen Raum soll die dezentrale Dienststellenstruktur erhalten bleiben. Wir wollen eine bürgernahe Polizei erhalten.

Dieses ist nur ein Teil unseres Forderungskatalogs, der Grundlage unserer täglichen Arbeit ist.

**Deshalb bei den Personalratswahlen 2015: „Klare Kante – DPoIG wählen“, am besten mit der Superstimme!**

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
Fotos: Th. Nommensen  
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](http://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841



DPoIG

## G7-Außenministertreffen in Lübeck

# DPOIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt vor Ort beim Einsatzleiter und den Einsatzkräften

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Seiten stand Schleswig-Holstein einer der größten Polizeieinsätze seit Bestehen des Landes bevor. Am 14. und 15. April 2015 war die Hansestadt Lübeck Gastgeber für das G7-Außenministertreffen, welches im neu errichteten Hansemuseum am Rande der historischen Altstadt ausgerichtet wurde. Ein mehrtägiger Großeinsatz von insgesamt 3 500 Polizeibeamten aus Schleswig-Holstein sowie zahlreichen anderen Bundesländern und der Bundespolizei musste geplant werden.

Neben den Außenministern aus sieben Nationen, dazugehörigen 600 Delegationsteilnehmern und 1 000 Journalisten aus der ganzen Welt

Demonstrationen zu massiven Gewaltexzessen vonseiten vieler Hundert Randalierer und Chaoten kam und zahlreiche Polizeibeamte verletzt sowie



> Thomas Nommensen, DPOIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt, LPD Heiko Hüttmann (von links)



> Rainer Wendt im Gespräch mit Einsatzkräften aus Nordrhein-Westfalen

wurden voraussichtlich etwa 5 000 Gegendemonstranten erwartet. Insgesamt acht Gegendemonstrationen, bestehend unter anderem aus der sogenannten „Blockupy“-Bewegung sowie zahlreichen anderen globalisierungskritischen Organisationen und Parteien, waren angemeldet.

Da es bei den wenige Wochen zuvor in Frankfurt am Main anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) durchgeführten Protesten und

Dienststellen und Streifenwagen teils extrem rücksichtslos angegriffen wurden, stand zu befürchten, dass es auch in Lübeck zu ähnlichen Gewaltausbrüchen kommen könnte.

Der größte Polizeieinsatz seit den Brokdorf-Demonstrationen in den 1970er- und 1980er-Jahren in Schleswig-Holstein stellte die Landespolizei sowie Polizeidirektion Lübeck vor große Herausforderungen. Neben etwa 1 600 Einsatzkräften aus Schleswig-Holstein haben Poli-

zeikräfte der Bundespolizei sowie der Länder Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern an dem Einsatz teilgenommen. Fragen der Logistik, Unterbringung und Verpflegung der Einsatzkräfte, aber nicht zuletzt des Einsatzkonzeptes zur Gewährleistung des Versammlungsrechtes einerseits und etwaig konsequentem Einschreiten bei Rechtsverstößen und Gewaltausbrüchen andererseits waren zu klären und planen.

Auch die DPOIG-Bundesleitung sowie der Landesvorstand und die JUNGE POLIZEI haben sich gut auf den Großeinsatz in der Hansestadt Lübeck vorbereitet. Am 13. April trafen sich der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt und der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Nommensen mit dem Polizeiführer, Leitenden Polizeidirektor Heiko Hüttmann, zu einem Gespräch beim Führungsstab der BAO „Sieben Türme“ in Lübeck. Nach einem guten Gespräch mit LPD Hüttmann zu Lage und Konzept informierten sich Rainer Wendt und Thomas Nommensen in

einigen Einsatzabschnitten der BAO über Fragen des Einsatzkonzeptes und besuchten Einsatzkräfte unter anderem im eigens errichteten Containerdorf, wo etwa 1 000 Polizeibeamte für mehrere Tage untergebracht waren.

Das bewährte und erprobte Team um Daniel Jungwirth und Michael Haug von der JUNGEN POLIZEI reiste für eine mehrtägige Einsatzkräftebetreuung aus dem gesamten Bundesgebiet nach Lübeck an.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Seiten erschien es so, als sei die Polizei gut aufgestellt und für alle Eventualitäten und Lageentwicklungen gerüstet. Im Bundesteil dieser Ausgabe des POLIZEISPIEGELS ist eine Berichterstattung über den Verlauf des G7-Gipfels aus polizeilicher Sicht sowie die Betreuung der Einsatzkräfte der JUNGEN POLIZEI zu finden.

*Thomas Nommensen  
Kreisvorsitzender Lübeck-  
Ostholstein/stellvertretender  
Landesvorsitzender*

# Misstrauenskultur in der Politik gegenüber der Polizei!?

Ein Kommentar von Torsten Gronau,  
DPoIG-Landesvorsitzender

Seit geraumer Zeit ist eine zumindest gefühlt zunehmende Misstrauenskultur aus der Politik gegenüber der Polizei wahrzunehmen. Wer schon ein paar Jahre in unserem „Verein“ ist, bemerkt das ganz deutlich.

Wir haben viele Jahre bei der Polizei hervorragende Arbeit unter schweren Bedingungen geleistet. Sicher ist an der einen oder anderen Stelle auch mal etwas unrund gelaufen, aber insgesamt ist der Polizeiberuf allen Umfragen zufolge von Hochachtung, Vertrauen und Respekt geprägt. Die Polizei hat den Slogan „Polizei, dein Freund und Helfer“ nicht nur plakativ auf Hochglanzbrochüren gedruckt, sondern jeder einzelne Kollege und jede einzelne Kollegin hat das in ihrem täglichen Tun mit Leben gefüllt. Bürgernah zu sein, helfen zu können ist die Essenz unseres Berufes.

Eine Polizei, die in der Bevölkerung gut gelitten ist, scheint aber nicht in jedermanns Weltbild zu passen.

Auf der einen Seite stellen wir fest, dass überall bei der Polizei Personal eingespart wird und

landauf, landab Organisationsreformen mit enormen Zentralisierungsanstrengungen laufen. Gepredigt wird häufig genug, „mehr Personal auf die Straße“ zu bringen, die Realität sieht häufig genau anders aus. Mit jeder Ankündigung, mehr Personal auf die Straße zu bringen, wird gefühlt eine weitere Dienststelle geschlossen.

Aber noch etwas ist zu bemerken. Das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Polizei bröckelt.

Da haben einige Politiker durchaus ihren Anteil daran, weil sie aus politischem Kalkül Misstrauen säen. Alleine in den letzten ein bis zwei Jahren haben wir zu tun gehabt mit Forderungen nach Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in geschlossenen Einsätzen. Wider besseres Wissen wurden Behauptungen aufgestellt, marodierende Polizeitruppen würden unerkannt auf Demonstrationen oder bei Fußballspielen Leute verprügeln, ohne dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden zu können. Das war und ist Quatsch, keinen einzigen Fall



> Landeshaus Kiel

hat es in Schleswig-Holstein vor und nach der Kennzeichnungspflicht gegeben.

In der Folge dürfen wir erwarten, dass es ein neues Versammlungsgesetz geben wird, das „natürlich“ polizeiliche Eingriffsmaßnahmen bei zu erwartender Gewalttätigkeit einschränken wird und andererseits beispielsweise Vermummung von Demonstrationsteilnehmern als Ordnungswidrigkeit bagatellisiert. Auch die Schaffung einer gut dotierten Stellen eines Polizeibeauftragten ist nichts anderes als ein Misstrauen gegenüber Polizei und Verfolgungsbehörden, sie würden etwaige Vorwürfe gegen Polizeibeamte nicht regelkonform verfolgen.

Diese Misstrauensbeweise paaren sich mit wiederkehrenden Annahmen, man müsse einen ausufernden Datenschutz praktizieren, weil die Polizei wahrscheinlich nichts Besseres zu tun hat, als die Daten unbescholtener Bürger zu missbrauchen. Die Diskussionen zur Vorratsdatenspeicherung, zu Anhalte- und Sichtkontrollen oder zur Abschnittsgeschwindigkeitsüberwachung sind nur aktuelle Beispiele einer ständigen Misstrauenskultur gegen die Polizei.

Manchmal stellt man sich die Frage, wieso Vertreter bestimmter Parteien durchaus mehr Polizisten fordern, diese aber nicht mit den erforderlichen Eingriffsrechten ausstatten wollen.



> Im Plenum des Landtages

Ich finde, die Polizei hat ein profundes Vertrauen verdient und nicht ein ständiges Misstrauen. Das mag verfassungshistorisch begründbar sein, führt aber zu einem Status der Polizei in der Gesellschaft, der nicht zielführend ist. Polizisten wollen Menschen schützen und Straftäter verfolgen und nicht „Otto Normalbürger“ belästigen. Dieser Konsens sollte in der Politik hergestellt werden. ■

## Fest der DPolG Schleswig-Holstein im „Kieler Yachtclub“ erneut ein großer Erfolg

Am 14. März 2015 fand im Hotel „Kieler Yachtclub“ an der Kieler Förde erneut das mittlerweile fest zum Jahreskalender gehörende Fest mit der Polizei der DPolG S-H statt.

Der DPolG-Landesvorsitzende Torsten Gronau konnte etwa 150 gutgelaunte „Feierwütige“ zu dem traditionellen Fest begrüßen, welches unter anderem dazu dient, den Kontakt zwischen der Bevölkerung und ihrer Polizei in ungezwungenen und doch sehr ansprechendem Ambiente zu vertiefen.

Großen Anklang fand abermals die beliebte Tombola, bei welcher nicht nur zahlreiche begehrte und teils hochwertige Preise ausgeschüttet wurden. Der Dank der DPolG gilt hierbei erneut den Sponsoren, die das möglich gemacht haben.

Der Erlös der Tombola konnte zusammen mit den Spenden



DPolG Schleswig-Holstein



DPolG Schleswig-Holstein

> Torsten Gronau begrüßt die Gäste des Festes.

gries und Fall die Möglichkeit, mal ein paar Tage zur Ruhe zu kommen und Kräfte zu sammeln.

mals verstand, einen gelungenen Abend auszurichten und die Gäste hervorragend zu bewirten.

Der Dank des DPolG-Landesverbandes gilt auch in diesem Jahr wieder dem Personal des „Kieler Yachtclub“, das es aber-

Auf ein Wiedersehen beim nächsten Fest mit der Polizei der DPolG am 16. April 2016!

*Thomas Nommensen*

Neben zahlreichen Gästen aus dem Land und darüber hinaus (viele davon schon Stammgäste der alljährlichen Feier) ließ es sich auch Landespolizeidirektor Ralf Höhs nicht nehmen, an dem Fest teilzunehmen, kurzweilige Gespräche zu führen, Kontakte zu knüpfen und ausgiebig das Tanzbein zu schwingen. Für die musikalische Unterhaltung sorgte auch in diesem Jahr in gewohnt guter und abwechslungsreicher Form die Band „Just be you“.

an Kollegen Kai-Uwe Nielsen aus Itzehoe übergeben werden, welcher sie in seiner Eigenschaft als Beauftragter der „DPolG-Stiftung“ für Schleswig-Holstein für diese dankbar entgegennahm. Es kamen erfreuliche 600 Euro aus Tombalalosverkauf sowie Spenden für die „DPolG-Stiftung“ zusammen. Diese bietet für Kolleginnen und Kollegen, die nach einem belastenden Einsatz oder einer Verletzung im Dienst in den stiftungseigenen Häusern im bayerischen Leng-



DPolG Schleswig-Holstein